

(Staatsminister v. Sendewitz.)

(A) Ferner ist die neue Steuer von dem jährlichen Zinsbetrag, den die Banken ihren Kunden für überlassene Gelder gewähren, ebenso gewiß eine Besteuerung des Besitzes, und zwar eine solche, die der Regierung nicht ganz unbedenklich erschien, weil sie sich inhaltlich einer direkten Steuer sehr nähert und als solche prinzipiell den Einzelstaaten zugewiesen werden müßte. Da aber auch diese Abgabe sich nach der Art ihrer Ausstellung als indirekte ansprechen läßt, hat die Regierung davon abgesehen, Widerspruch dagegen zu erheben.

Sodann ist es Tatsache, daß die direkten Steuern im Deutschen Reiche wesentlich mehr in Anspruch genommen worden sind als die indirekten Steuern. Ich kann Ihnen darüber eine Berechnung vorlegen. An direkten Steuern sind in Reich, Staaten und Gemeinden im Jahre 1913 2560,9 Millionen Mark erhoben worden, während der Betrag im Jahre 1917 sich nach vorsichtiger Schätzung auf 8160 Millionen Mark stellt. Das ergibt ein Wachstum von 218 Prozent. Demgegenüber sind an indirekten Steuern zusammengenommen vereinnahmt worden im Jahre 1913 2195 Millionen Mark, für 1917 stellt sich der Betrag auf 3292 Millionen Mark. Das ergibt ein Wachstum von nur 50 Prozent. Die direkten Steuern haben also zugenommen um 218, die indirekten um 50 Prozent.

(B)

(Hört, hört!)

Eine ähnliche Berechnung hat der Reichsschatzsekretär bei Einführung der gegenwärtigen Vorlagen aufgemacht, indem er die direkte Gesamtbelastung während des Kriegs in Reich, Staaten und Gemeinden für heute auf  $9\frac{1}{2}$  Milliarden Mark, die indirekte auf 4 Milliarden Mark berechnet. Die schnelle und beträchtliche Steigerung unserer direkten Steuern, der Grundsteuer, Einkommensteuer, Ergänzungssteuer, ist Ihnen ja bekannt, und wir werden in diesem Landtag demnächst wieder Gelegenheit haben, uns damit näher zu befassen. Im letzten Friedensetat hatten wir an direkten Steuern zusammen eine Einstellung von 87 Millionen Mark, heute eine solche von 168 034 000 M.! Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Das gibt aber immer noch kein Bild von dem, was uns im Frieden erwartet, wo die größten Anforderungen der verschiedensten Art an uns herantreten werden, insbesondere für Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens, an Mehrausgaben für das Personal sowie für die allenthalben wesentlich gesteigerten sächlichen Aufwendungen. Bedenkt man, daß gleichzeitig auch die Gemeinden einen wesentlich erhöhten Bedarf haben werden, so ergibt sich an direkten Steuern eine Belastung, die unmöglich noch durch Zugriffe des Reichs gesteigert

werden kann, wenn an einen Aufbau unseres Wirtschaftslebens überhaupt gedacht werden soll. Da uns jetzt schon große Kapitalien durch das Reich, vor allem durch die Kriegsabgaben, entzogen werden, wird der verbleibende Rest des Vermögens und Einkommens zur Erreichung des nötigen Bedarfs selbstverständlich mit verhältnismäßig weit stärkeren Steuern zu belegen sein, als es sonst der Fall sein würde. Wie unter diesen Umständen ein unmittelbarer Zugriff des Reichs auf das ohnehin schon schwerstbelastete Einkommen und Vermögen wirken würde, brauche ich nicht erst darzulegen. Es ergäbe dies eine Überspannung der Besteuerung an Besitz und Einkommen, die nicht nur die unmittelbar Betroffenen schwer schädigen, sondern auch durch Lähmung jeglicher Unternehmungskraft und Unternehmungslust die gesamte Volkswirtschaft, und damit nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft in der bedenklichsten Weise beeinträchtigen würde.

(Lebhaftes Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Ganz unverantwortlich aber wäre ein solcher Vorgang unmittelbar nach dem Kriege, wo wir vor einem großen Kosten verursachenden Wiederaufbau unserer Nationalwirtschaft stehen.

(Sehr richtig!)

(D)

Es widerspräche dies auch durchaus dem Interesse des Reiches selbst, dem daran gelegen sein muß, daß die Einzelstaaten wie die Gemeinden in der Lage bleiben, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung wieder zu heben. Denn nur in diesem Falle ist ein entsprechender Eingang der dem Reiche zustehenden indirekten Abgaben denkbar, ein Eingang, der eben nur aus einem noch leistungsfähigen Wirtschaftskörper erwartet werden kann; und nur in diesem Falle ist zugleich die Erfüllung der den Staaten und Gemeinden obliegenden wichtigen Aufgaben möglich, die mittelbar und unmittelbar dem Reichsganzen zugute kommen. Man darf auch nicht glauben, daß nach dem Kriege die Bevölkerung wesentlich reicher sein wird als vorher. Es ist nicht damit zu rechnen, daß nach dem Kriege die Einkommensteigerung, die jetzt infolge der Kriegsverhältnisse vielfach eingetreten ist, weiter andauern wird. Es handelt sich in der Hauptsache um vorübergehende Verdienste. Die großen Gewinne der Munitionsarbeiter und der Munitionsunternehmer werden in gleicher Weise nicht anhalten. Das Volk im ganzen ist im Kriege nicht reicher geworden, es hat sich nur eine Verschiebung im Vermögen eingestellt.

(Sehr richtig!)